

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Interimsvorpreis 20 Pf. für die 6 wöchentlichen Ausgaben oder deren Raum, Restsumme die 2 wöchentliche Ausgabe 20 Pf. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsverträge in anderen Zeitungen für den

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang, Nr. 250

Donnerstag / Freitag 16. / 17. November 1922.

## Amtlicher Teil.

### Kleielieferung im Wirtschaftsjahre 1922/23.

Nach der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Verwertung von Kleie vom 8. September 1922 — Reichsgesetzblatt S. 735 ff. — in Verbindung mit der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 9. Oktober 1922 — Sächs. Staatszeitung Nr. 237 vom 10. Oktober 1922 — steht den Erzeugern, die Umlagegetreide abzuliefern haben, nach Maßgabe der Lieferung Anspruch auf Kleie im Verhältnis von 1 zu 10 zu dem abgelieferten Getreide zu. Die Lieferung erfolgt durch den **Getreideeinkauf Meissen-Stadt und -Land** in Meissen, Neumarkt 94, an den auch die Befehdungen zu richten sind.

Der Preis für die auf Lieferungen auf das erste Drittel der Umlage zuzehende Kleie wird gemäß den Bestimmungen der oben genannten Verordnungen auf **990 Mk.** für den Zentner ohne Sach ab Lager der Verteilungsstellen festgesetzt. Sätze werden nach den Festsetzungen der Reichsgetreidestelle in Rechnung gestellt.

Meissen, am 11. November 1922.

Kommunalverband Meissen-Stadt und -Land (Die Amtshauptmannschaft).

Montag den 20. November 1922 vormittags 9 Uhr wird im Rathaus zu Coswig öffentliche Sitzung des **Bezirksausschusses** abgehalten werden. Die Tagesordnung ist vom 15. November 1922 ab im Aushangkasten der Amtshauptmannschaft angeschlagen. Nr. 597 I B.

Meissen, am 13. November 1922.

Der Amtshauptmann.

### Ausgabe der neuen Brotmarken

Freitag den 17. November vormittags 9—1 Uhr (Polizeiwache). Später als am bekannt gemachten Tage abgeholte Marken werden nur gegen eine Gebühr ausgehändigt.

### Die Girokasse

ist künftig für den Verkehr mit dem Publikum jeden Werktag von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags nur Mittwochs von 3 bis 4 Uhr geöffnet.

Wilsdruff, am 15. November 1922.

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die deutsche Regierung hat am Dienstag mittig in Paris eine neue Note mit unseren endgültigen Vorschlägen über die Währungsabstimmung überreicht.

\* Die Verhandlungen zwischen Vorkriegs- und Regierung über die Neubildung des Kabinetts auf der Basis der großen Koalition wurden im Reichstage fortgesetzt.

\* Im Rheinland, in Westfalen und einigen anderen Gegenden kam es aus Anlaß von Streiks und Zerstörungsdemonstrationen in mehreren Städten zu Unruhen.

\* Frankreich ist nach Pariser Meldungen angeblich bereit, einer weitgehenden Herabsetzung der deutschen Schulds zu zustimmen, falls keine Verbände ihre Zustimmung zu Zwangsmaßnahmen finanzieller und territorialer Art geben.

### Deutschlands neue Vorschläge.

Ganz unvermittelt ist die deutsche Reichsregierung trotz ihrer Finanzschwäche durch die innerpolitische Krise, die plötzlich wieder einmal über uns hereingebrochen ist, dazu gezwungen, der Reparationskommission in einer neuen Note nun noch genauere Vorschläge zur Ordnung unserer finanziellen Angelegenheiten zu unterbreiten. Was sie dazu bestimmt hat, ob lediglich der Eindruck, daß man in Paris über die bisherigen deutschen Vorschläge nicht weniger als zufrieden gestellt schien, oder ob es der Druck unserer inneren Lage war, mag dahingestellt bleiben; möglich, daß auch beide Einwirkungen zusammen die Feder der Reichsregierung abermals in Bewegung gesetzt haben. Der Inhalt der Note bezieht sich jedenfalls in vielfacher Beziehung mit dem sogenannten Wirtschaftsprogramm, das Reichskanzler Dr. Brüning in diesen Tagen von den bürgerlichen Regierungsparteien nahegelegt wurde, und man darf sie insofern als eine Ankündigung der vielerörterten aktiven Wirtschaftspolitik betrachten, zu der wir endlich übergehen müssen, wenn anders wir nicht der Gegenpartei das Recht einräumen wollen, uns der Unmöglichkeit in den drängendsten Lebenslagen der Nation zu begeben.

In den Vordergrund der Notwendigkeiten stellt das neue Dokument der deutschen Regierung abermals die endgültige Neuregelung der Reparationsfrage in Anpassung an die uns verbundene Leistungsfähigkeit. Wir sind aber nicht mehr in der Lage, solange zu warten, bis es soweit ist, und deswegen müsse sofort eine vorläufige Aktion ins Werk gesetzt werden im Benehmen deutscher mit ausländischen Kräften, um zunächst das verlorengegangene Vertrauen zur deutschen Währungsleistung wiederherzustellen. Auf unserer Seite ist die Reichsbank nun auch formell bereit, mit 500 Millionen Goldmark sich an der Stützaktion zu beteiligen; dies aber nur unter der doppelten Voraussetzung, daß man uns ein Moratorium von drei bis vier Jahren für Bar- und Sachleistungen einräumt, und daß zweitens die gleiche Summe auch von ausländischen Banken zur Verfügung gestellt wird. Mit der Verwahrung dieser Goldmark soll eine unabhängige Stelle in Anlehnung an die Organisation der Reichsbank betraut werden, die die Aufgabe hat, zugunsten des Auslands der Reichsbank, insbesondere im Ausland, einzugreifen und ihn durch An- und Verkauf von Devisen im In- und Ausland zu regulieren. Ist auf diese Weise eine Verringerung des Marktwertes erzielt, dann will die deutsche Regierung zur Aussetzung einer inneren Goldanleihe schreiben und auch im Ausland Anleihen zu angemessenen Bedingungen aufnehmen. Der Ertrag dieser Anleihen soll zum Teil zur Abdeckung von Bar- und Sachleistungen aus dem Verträge von Versailles Verwendung finden, der andere Teil zur Deckung des eigenen Bedarfs, insbesondere auch zur Rückzahlung des Stützungskredits. So hofft Deutschland allmählich das Gleichgewicht in seinem Haushalt wiederherstellen, das Anwachsen der schwebenden Schuld aufhalten und die Disziplinierung von Schatzamtverwaltungen bei der Reichsbank einstellen zu können. Anleihen sollen dann nur für zweckmäßige Zwecke aufgenommen werden, und so glaubt man die Ursachen der Inflation in absehbarer Zeit beseitigen zu können.

Nun aber kommt das wesentlich Neue: die inneren Reformen, mit denen die Reichsregierung den Notwendigkeiten der Lage gerecht zu werden gedenkt, und zwar, Einschränkung der Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen; darunter Aushebung einschließlich wachsender Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Vermehrung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung gesetzgeberischer Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse und endlich produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität. Auch das wird ausdrücklich versprochen, daß man gewisse Maßnahmen ergreifen werde, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit soll das Arbeitszeitrecht neu geregelt und zur Hebung der Rostlage unserer Wirtschaft die Zulassung gesetzlich begrenzter Verlängerungen des Achtstundentages in die Wege geleitet werden. Auch will man der Heranbildung von Qualitätsarbeitern wieder besondere Aufmerksamkeit zuwenden, den Luxusverbrauch und die Zuruheführung einengen und sogar den Alkoholverbrauch beschränken. Zuletzt wird auch der weitere Abbau der Zwangsverwaltung des Prozeßwesens in Aussicht gestellt, um so die landwirtschaftliche Produktion neu zu beleben. Bei einer Besserung der Marktlagen werden dann auch die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik, einschließlich der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Brotes, fortfallen. Auf der anderen Seite wird dann aber auch die Zulassung der Reichszuschüsse für den deutschen Außenhandel gefordert, nebst Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiet, da sonst der notwendige Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz nicht zu erreichen ist.

Im ganzen genommen ein Programm, das es weder an Bestimmtheit noch an Reichhaltigkeit des Inhalts fehlen läßt. Man begreift es, wenn zu seiner Durchführung der Reichskanzler weder auf die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, noch auf diejenige der Sozialdemokratie verzichten will. Man kann aber auch voraussehen, daß es nur durchzuführen sein wird, wenn die Parteien ungleich einiger und entschlossener als bisher im Dienste dieser Aufbaubarbeit ans Werk gehen wollen. Werden sie es tun?

### Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Berlin, 14. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute abend zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen. Nach mehrstündiger Aussprache beschlossen die Sozialdemokraten mit großer Mehrheit, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung abzulehnen. Damit ist die Frage der großen Koalition vorläufig gescheitert.

Das Kabinett trat unmittelbar nach Beendigung der sozialdemokratischen Fraktionsitzung zusammen und beschloß, dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts zu erklären.

Welche Folgen sich aus diesem Beschluß der Sozialdemokratie ergeben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht klar erkennen. Möglich ist die Bildung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts oder eines sozialistischen Mehrheitskabinetts. In beiden Fällen ist die Auflösung des Reichstages nahegerückt. Ob es dazu kommen wird, werden die Verhandlungen, die morgen im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden, zeigen müssen.

### Krawalle in Rheinland-Westfalen.

Streiks und Lebensmittelplünderungen.

In einzelnen Städten des Rheinlandes und Westfalens ist es in den letzten Tagen zu bedauerlichen Ausschreitungen, die sich vornehmlich gegen Lebensmittelgeschäfte richteten, gekommen. Die ersten Meldungen kamen bekanntlich aus den Rätorten Rast, Ehrenfeld und Wülheim, wo von Demonstranten, zum Teil jugendlichen Personen, die Schaufenster vieler Geschäfte zertrümmert und Polizeibeamte, die einschreiten wollten, tätlich angegriffen wurden. Die Bewegung pflanzte sich dann nach Düsseldorf fort und nahm hier einen besonders großen Umfang an. Sie begann hier mit einem Streik, der wieder seinen Grund darin hatte, daß die Arbeiter der Mannesmannwerke sich weigerten, einen Lohnvorzuschlag für geleistete Kartoffeln anzunehmen. Kommunistische Arbeitertrüps begaben sich darauf auch zu anderen industriellen Betrieben und zwangen die Arbeiter, die Fabriken zu verlassen.

Auch die Straßenbahn wurde zum Teil stillgelegt. In die Druckerei des Düsseldorfer Tageblattes drangen jugendliche Kommunisten ein, zerstörten die Setzmaschinen, was sie erreichen konnten und erzwangen die Stilllegung des Betriebes. Auf den Straßen mußte die Polizei verchiedentlich von der blanken Waffe Gebrauch machen. In Oberbilk wurden Kohlenwagen umgeworfen und der Inhalt gestohlen. Der an verschiedenen Stellen unterbrochene Eisenbahnbetrieb konnte glücklicherweise schon nach kurzer Zeit wieder in Gang gebracht werden. Infolge aller dieser Vorkommnisse wurde im ganzen Stadtgebiet Düsseldorf die Polizeistärke auf 10 Uhr festgesetzt. Tanz und Lustbarkeiten wurden verboten.

Infolge einer Art rückläufiger Bewegung griffen die Unruhen schließlich wieder auf Köln zurück. Es kam hier am Abend des 13. Novembers zu großen Straßenunruhen, gegen die die Polizei schließlich mit der blanken Waffe vorgehen mußte. Man spricht von

vieleu Verwundeten.

die von den Demonstranten bei ihren Märschen mit fortgenommen wurden. Ein (allerdings nicht bestätigtes) Gerücht wollte sogar von Todesopfern wissen. Zu besonders schweren Zusammenstößen kam es wieder im Bezirk Ehrenfeld.

Nach einer Meldung aus Aachen streifen förmliche industriellen Betriebe des Unterverwaltskreises. Im wesentlichen sind die Ton- und die Glasindustrie beteiligt. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch in Gladbach, in Dillenburg und in Herborn Feuerunruhen stattgefunden haben. Nach Dillenburg mußte zur Wiederherstellung der Ordnung eine größere Abteilung der Schuppolizei aus Siegen entsandt werden.

### Deutscher Reichstag.

(206. Sitzung.) CB, Berlin, 14. November.

Das kirchliche Erdbeben in Chile gab Anlaß zu einer Rundrede, mit der Reichspräsident Lohde die heutige Sitzung eröffnete. Herr Lohde sprach der befreundeten chilenischen Republik die innige und schmerzliche Anteilnahme des Reichstages aus zu dem schweren Schicksalsschlag, der Chile durch die kirchliche Erdbebenkatastrophe betroffen habe. Die Abgeordneten hörten diese Ansprache lebhaft an. Hierauf wandte man sich

keinen Anfragen

zu, deren Zahl heute nicht weniger als 23 betrug. Auf eine Frage des Abg. Thumshaus (Komm.) wurde geantwortet, der Reichsbankpräsident sei nicht verpflichtet, der Regierung Auskunft über seine mit der Bank von England getroffenen Abmachungen zu geben. Abg. Graf Westarp (Deutschnat.) führt zahlreiche Fälle an, in denen bei Ausübung des Gesetzes zum Schutze der Republik unter Verletzung gesetzlicher Vorschriften gegen Angehörige rechtslebender Kreise mit Handwuchsmittel und Verhaftungen vorgegangen worden sein soll. Der Antragende begehrte zu wissen, ob die betreffenden Beamten zur Rechenschaft gezogen worden wären. Ein Regierungsvorredner verneinte dies; es liege dazu kein Anlaß vor. Überdies seien verschiedene der angeführten Fälle nicht richtig dargestellt. Dann brachte der Abg. Graf Westarp (Deutschnat.) in einer weiteren Anfrage viele Fälle von Gewalttätigkeiten gegen rechtslebende Kreise vor und fragte, ob die Regierung nicht die Lösung „Der Feind steht rechts“ zurücknehmen wolle. Auch hier wurde erklärt, daß verschiedene Fälle unzutreffend dargestellt seien und daß ein Anlaß zum Einschreiten gegen die Behörden nicht vorliege. Mit erregter Stimme ergänzte Graf Westarp seine Anfrage dahin, ob die Reichsregierung auslaue, der Reinaua zu